

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend einen Notfallmaßnahmenplan betreffend einen Importstopp bzw. ein Embargo von Gas aus Russland

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, einen umfassenden Notfallmaßnahmenplan betreffend einen Importstopp bzw. ein Embargo von russischem Gas einzufordern.

Begründung

Seit einigen Tagen fließt weniger russisches Gas nach Europa. Europa bezieht ein Drittel seines Gases, Österreich sogar rund 80 Prozent von der staatlich kontrollierten Gazprom. Am 23. Juni hat die Bundesrepublik Deutschland die zweite Krisenstufe im Notfallplan Gas ausgerufen. In Österreich gilt vorerst weiter die Frühwarnstufe. Der Speicherstand beträgt zurzeit knapp 45 Prozent.

Der Ökonom Friedrich Schneider erstellte im Auftrag der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ eine Studie betreffend "Volkswirtschaftliche Auswirkungen eines plötzlichen Gas-Embargos/Lieferstopp für Oberösterreich". Würde es zu einem Gas-Embargo in Oberösterreich kommen, könnte das vielen Menschen ihren Job kosten. Österreichweit rechnet der Ökonom Schneider bei einem Ausfall russischer Gaslieferungen mit bis zu 130.000 zusätzlichen Arbeitslosen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Oberösterreich könnte um 3,4 Prozent bis 6,6 Prozent gedrückt werden, umgelegt auf ganz Österreich kommt die Studie auf einen BIP-Rückgang von sechs Prozent. Auf die EU aufgerechnet würde das einen BIP-Rückgang von ein bis zwei Prozent und 1,5 Millionen verlorene Arbeitsplätze bedeuten.

Mit dem Gasdiversifizierungsgesetz wurden erste Schritte gesetzt, um die Abhängigkeit von russischem Gas zu senken. Da nötige Diversifizierung jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, ist es dringend geboten, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie man die Zeit bis zu einer gesicherten Versorgung aus anderen Ländern überbrückt. Die unterzeichneten Abgeordneten ersuchen das zuständige Bundesregierungsmitglied, einen umfassenden Notfallmaßnahmenplan zu erstellen, denn die Auswirkungen eines Gas-Embargos bzw. eines Lieferstopps von russischem Gas auf unser Industriebundesland und in weiterer Folge auf die Menschen in unserem Land, wären verheerend.

Linz, am 4. Juli 2022

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr, Klinger, Handlos, Schießl , Graf, Hofmann, Kroiß, Fischer, Dim, S. Binder, Gruber

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Dörfel, Mühlbacher, Hiegelsberger, Lengauer, Kirchmayr, Mader